# S 40 U 163/03

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hamburg

Sozialgericht Sozialgericht Hamburg Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung 40
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

### 1. Instanz

 Aktenzeichen
 \$ 40 U 163/03

 Datum
 20.02.2004

## 2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

#### 3. Instanz

Datum -

- 1. Die Klage wird abgewiesen.
- 2. Kosten sind nicht zu erstatten.

#### Tatbestand:

Die Klägerin begehrt Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung aus Anlass eines Ereignisses vom 26.05.2002.

Die 1960 geborene Klägerin ist gelernte Friseurmeisterin. Am Sonntag, den 26.05.2002, half sie ihrer langjährigen Freundin Frau P. bei privaten Renovierungsarbeiten. Die Freundin hatte die Klägerin und eine weitere Bekannte wegen eines Umzuges gebeten, am 26. und 27.05.2002 in ihrer alten Wohnung bei Renovierungsarbeiten zu helfen, da sie die Arbeiten auf Grund eines terminlichen Engpasses nicht allein bewerkstelligen konnte. Es sollten die alten Tapeten entfernt und die Wände verputzt werden, die Neuinstallation der Elektrik war vorgesehen und die Restaurierung der Fenster war geplant. Die Klägerin sollte an beiden Tagen zirka vier Stunden unentgeltliche Tätigkeiten verrichten. Beim Anstreichen einer Zimmerwand stand die Klägerin auf einer Leiter, als diese wegkippte und die Klägerin kopfýber zwischen Wand und Leiter stýrzte. Hierbei zog sie sich

Trýmmerbrüche der körperfernen Speichen an beiden Handgelenken zu.

Mit Bescheid vom 21.11.2002 lehnte die Beklagte EntschĤdigungsleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung ab. Die KlĤgerin habe keinen Arbeitsunfall erlitten, da sie insbesondere nicht nach  $\frac{\hat{A}}{N}$  Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) unter Versicherungsschutz gestanden habe. Die von der Rechtsprechung hierf $\tilde{A}^{1}$  entwickelten Grunds $\tilde{A}$  ze seien nicht erf $\tilde{A}^{1}$  ellt.

Mit Schriftsatz vom 26.11.2002 legte die KlĤgerin Widerspruch gegen die Entscheidung der Beklagten ein. Zur Begründung trug sie vor, sie sei "wie eine BeschÄxftigte" tÄxtig geworden und habe daher unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung gestanden. Insbesondere verwies sie auf die rechtskrĤftige Entscheidung des Landessozialgerichts (LSG) Rheinland-Pfalz vom 09.11.1994 (Az.: L 3 U 157/94), in der Versicherungsschutz nach § 539 Abs. 2 Reichsversicherungsordnung (RVO) bei einem Ĥhnlich gelagerten Fall angenommen worden sei. Die KlĤgerin führte aus, dass aufgrund der Dauer der TÄxtigkeit und der Art der Verrichtungen das LSG zu dem Ergebnis gekommen sei, dass es sich bei der Hilfe beim Dachbodenausbau um eine TÃxtigkeit gehandelt habe, die unter Bekannten oder Freundinnen nicht mehr selbstverstĤndlich gewesen sei, weil die TÄxtigkeit ca. 4 Stunden habe dauern sollen und eine körperlich schwere Arbeit darstellt habe. In Anbetracht der möglichen Einsparungen von Handwerkerkosten in HA¶he von DM 1250,00 zuzA¼glich Mehrwertsteuer habe die Eigenarbeit erhebliche wirtschaftliche Bedeutung gehabt. Die Grenze einer unversicherten Hilfeleistung unter Bekannten sei überschritten worden. Im Falle der KlĤgerin liege eine Ĥhnlich gelagerte Fallkonstellation vor.

Mit Widerspruchsbescheid vom 04.04.2003 wies die Beklagte den Widerspruch der KlĤgerin zurĽck. Zur BegrĽndung führte sie unter Hinweis auf das Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 26.04.1990 (Az. 2 RU 39/86) aus, es habe sich bei den TĤtigkeiten der KlĤgerin nicht um TĤtigkeiten gehandelt, die ýblicherweise von Personen verrichtet werden, die als Haushaltshilfe fremdbestimmte Arbeiten leisten würden. Im vorliegenden Fall sei es auf Grund der konkreten sozialen Beziehung zu einer selbstverständlichen Hilfeleistung zwischen Freundinnen gekommen. Damit seien die Voraussetzungen eines Unfallversicherungsschutzes nicht gegeben.

Mit der am 28.04.2003 erhobenen Klage verfolgt die Klägerin ihr Begehren weiter. Zur Begründung trägt sie vor, dass bei einem arbeitnehmerähnlichen Tätigwerden aus Gefälligkeit jedenfalls dann Versicherungsschutz bestehe, wenn es sich nicht um einen aufgrund der konkreten sozialen Beziehung geradezu selbstverständlichen Hilfsdienst handele. Der Sachverhalt, der der Entscheidung des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz zugrundegelegen habe, sei in wesentlichen Punkten durchaus vergleichbar mit dem hier zu entscheidenden Fall. Es handele sich jeweils um eine unentgeltliche Tätigkeit im Bereich handwerkliche Tätigkeiten einer Frau zu Gunsten ihrer Freundin. In beiden Fällen könne festgestellt werden, dass ohne dieses freundschaftliche Verhältnis die Gefälligkeitsleistung nicht erbracht worden wäre. Andererseits könne ebenso festgestellt werden, dass die jeweils erbrachten Tätigkeiten durchaus

ungewöhnlich in dem Sinne seien, dass nicht von einem geradezu selbstverständlichen Hilfsdienst gesprochen werden könne. Bei dem Sachverhalt, der der Entscheidung des LSG Rheinland-Pfalz zu Grunde gelegen habe, seien gefährliche und schwere körperliche Arbeiten zur verrichten gewesen, von denen nicht ohne weiteres gesagt werden könne, dass es eine "geradezu selbstverständliche Hilfeleistung" gewesen sei. Im Falle der Klägerin seien Renovierungsarbeiten verabredet worden, die im Wesentlichen das ganze Wochenende in Anspruch nehmen sollten. Vor dem Hintergrund, dass es sich bei der Klägerin um eine selbstständige Friseurin und Mutter von drei Kindern handele, sei die Erbringung solcher Leistungen für eine Freundin im Rahmen einer Totalrenovierung ganz sicher nicht "geradezu selbstverständlich". Die Argumentation der Beklagten in dem angefochtenen Widerspruchsbescheid sei auch deshalb erstaunlich, weil die Ausführungen in dem von der Beklagten zitierten Urteil des BSG vom 26.04.1990 keinerlei Hinweise enthalten, die die Entscheidung der Beklagten stützen würden.

Die KlĤgerin beantragt nach ihrem schriftsĤtzlichen Vorbringen sinngemĤÄ□,

den Bescheid der Beklagten vom 21.11.2002 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 04.04.2003 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, den Unfall vom 26.05.2002 als Arbeitsunfall nach Maà gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu entschà digen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie bezieht sich im Wesentlichen auf die Begründung der angefochtenen Bescheide.

Das Gericht hat zur AufklĤrung des Sachverhaltes die Verwaltungsakte der Beklagten beigezogen. In einem ErĶrterungstermin am 06.02.2004 hat das Gericht den Beteiligten die Sach- und Rechtslage erlĤutert. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Prozessakte und die Verwaltungsakte der Beklagten verwiesen. Diese haben vorgelegen und waren Gegenstand der ErĶrterung und Entscheidungsfindung der Kammer.

# Entscheidungsgründe:

Das Gericht konnte durch Urteil ohne mündliche Verhandlung entscheiden, weil die Beteiligten hierzu ihr Einverständnis erklärt haben (vgl. <u>§ 124 Abs. 2</u> Sozialgerichtsgesetz â∏□SGG -).

Die zulĤssige Klage ist unbegründet. Die Bescheide der Beklagten sind rechtmäÃ∏ig und verletzen die Klägerin daher nicht in ihren Rechten. Die Klägerin hat keinen entschädigungspflichtigen Arbeitsunfall erlitten, denn sie war zum Unfallzeitpunkt keine versicherte Person und stand daher nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Nach <u>§ 8 SGB VII</u> ist ein Arbeitsunfall ein Unfall, den ein Versicherter infolge einer der in den <u>§Â§ 2</u>, <u>3</u>, oder <u>6 SGB VII</u> genannten Tätigkeiten erleidet.

Die Klägerin stand zum Unfallzeitpunkt mangels einer persönlichen Abhängigkeit in keinem Beschäftigungsverhältnis zu ihrer Freundin, so dass Versicherungsschutz nach <u>§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII</u> nicht in Betracht kommt.

Auch nach <u>§ 2 Abs. 2 SGB VII</u> bestand zum Unfallzeitpunkt kein Versicherungsschutz. Die ständige sozialgerichtliche Rechtsprechung hat zum Versicherungsschutz nach <u>§ 2 Abs. 2 SGB VII</u> im Wesentlichen folgende vier Kriterien entwickelt:

- 1. es muss sich um eine ernste, dem fremden Unternehmen zu dienen bestimmte TÄxtigkeit handeln,
- 2. sie muss dem ausdrücklichen oder mutmaÃ∏lichen Willen des Unternehmers entsprechen,
- 3. die Tätigkeit muss dem allgemeinen Arbeitsmarkt zugänglich sein, d.h. ihrer Art nach von Personen verrichtet werden können, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und
- 4. unter solchen Umständen geleistet wird, dass sie im Einzelfall der Tätigkeit eines Beschäftigungsverhältnisses entspricht, also konkret arbeitnehmerähnlich ist.

Eine Eingliederung in das Unternehmen ist genauso wenig erforderlich, wie die persĶnliche oder wirtschaftliche AbhĤngigkeit vom Unternehmer, denn dann wĤre bereits Versicherungsschutz ýber ein begründetes BeschĤftigungsverhĤltnis gegeben. Es ist regelmĤÃ∏ig unerheblich, ob der wirtschaftliche Wert der Arbeit gering oder hoch oder auf welche Beweggründe das Handeln zurückzufþhren ist. MaÃ∏geblich sind vielmehr die tatsächlichen Verhältnisse, die sich aus den konkreten Umständen und dem Gesamtbild einer Tätigkeit ergeben.

Vorliegend sind nur die von der Rechtsprechung entwickelten und unter Nr. 1 bis 3 genannten Kriterien erfĽllt. Hierbei ist es nicht entscheidungserheblich, dass die Beklagte vermeintlich von einer TĤtigkeit der KlĤgerin als "Haushaltshilfe" ausgegangen ist und daher wohl auf das Urteil des BSG vom 26.04.1990 verwiesen hat. Dort hat das BSG den Versicherungsschutz in Bezug auf die TĤtigkeit einer Haushaltshilfe bejaht, da die Verletzte dort dreimal tĤglich fļr eine Nachbarin den Hund ausfļhrte, dreimal wĶchentlich EinkĤufe erledigte und einmal wĶchentlich Gartenarbeiten verrichtete und die StraÄ∏e kehrte. Vorliegend ist das Kriterium (Nr. 3) bereits dadurch erfļllt, dass eine Renovierung auch durch einen Handwerker als eine dem Arbeitsmarkt zugĤngliche TĤtigkeit hĤtte verrichtet werden kĶnnen.

Eine konkret arbeitnehmer Axhnliche T Axtigkeit verrichtete die Kl Axgerin zum

Unfallzeitpunkt jedoch nicht, weil es sich um eine übliche und zu erwartende Gefälligkeitsleistung unter Freundinnen handelte. Ein Tätigwerden auf Grund familiärer, nachbarschaftlicher oder freundschaftlicher Beziehungen steht dem Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 2 SGB VII grundsätzlich nicht entgegen. Bei Gefälligkeitsleistungen, die ihr gesamtes Gepräge allein durch ein verwandtschaftliches oder freundschaftliches Verhältnis zwischen den Beteiligten Personen erhalten, besteht jedoch regelmäÃ∏ig kein Versicherungsschutz. Dabei sind die Umstände des jeweiligen Einzelfalles zu beachten, insbesondere Art, Umfang und Zeitdauer der verrichteten Tätigkeit sowie die Intensität der tatsächlichen verwandtschaftlichen oder freundschaftlichen Beziehungen (BSG SozR 2200 § 539 Nr. 55).

Es muss daher sehr fein bei der Zurechung einer versicherten Tätigkeit nach § 2 Abs. 2 SGB VII differenziert werden, wenn die Hilfeleistung durch eine konkrete soziale (Sonder-) Beziehung geprägt ist. Solche Sonderbeziehungen liegen sowohl bei Verwandtschaft-, Freundschaft- und Nachbarschaftsverhältnissen als auch bei Mitgliedschaften in Vereinen und ähnlichen Gemeinschaften vor. Handelt es sich um einen geradezu selbstverständlichen Hilfsdienst oder ist die Tätigkeit durch die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft oder sozial geprägten Beziehung gekennzeichnet, so fehlt es regelmäÃ∏ig an der konkreten Arbeitnehmerähnlichkeit.

Nach Auffassung der Kammer sind selbstverstå¤ndliche Hilfeleistungen solche, die sich ausgehend von der sozial geprå¤gten Sonderbeziehung in einem å½blichen und zu erwartenden Rahmen bewegen. Je intensiver und enger eine Sonderbeziehung geprå¤gt ist, je hå¶her wird auch die zu erwartende (unversicherte) Gefå¤lligkeitsleistung hinsichtlich der Art, Umfang und Zeitdauer zu erwarten sein. Unter Verwandten sind daher regelmå¤å∏ig Gefå¤lligkeitsleistungen von hå¶herer Intensitå¤t zu fordern als in sonstigen Sonderbeziehungen, um die Schwelle zum Versicherungsschutz nach å§ 2 Abs. 2 SGB VII zu å½berwinden. Bei engen freundschaftlichen Beziehungen stellt die Hilfeleistung bei Renovierungsarbeiten oder die Hilfe bei Umzå½gen eine unversicherte Gefå¤lligkeitsleistung dar. Dies ist unter Freunden eine selbstverstå¤ndliche und å½bliche Hilfe, wobei es erwartet werden kann, dass ein Freund bei solchen Tå¤tigkeiten unentgeltliche Arbeiten verrichtet.

Die Rechtsprechung sieht es als entscheidend an, ob unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles die Tätigkeit nach Art und Umfang wie ein Beschäftigter oder als Bekannter, als Freund oder als Verwandter durchgeführt wurde (so KRASNEY in VSSR 1993, 81, 88 "Abgrenzung der Risiken in der gesetzlichen Unfallversicherung"). Bei solchen Tätigkeiten steht dann regelmäÃ∏ig die Pflege der Freundschaft und nicht das Verrichten einer Arbeitsleistung für einen Dritten im Vordergrund. Der zeitliche Umfang spielt daher regelmäÃ∏ig nur eine untergeordnete Rolle, weil die Ursächlichkeit der Hilfeleistung in der Sonderbeziehung begrþndet ist und mithin ein eigenwirtschaftlicher Charakter im Vordergrund steht. Die Zurechnung einer Hilfeleistung als versicherte Tätigkeit im Sinne des § 2 Abs. 2 SGB VII scheitert daher regelmäÃ∏ig daran, dass nicht das "Verrichten einer Arbeitsleistung für

einen Dritten (fremden Unternehmer)", sondern die "Pflege der Freundschaft" als eigenwirtschaftliche TÄxtigkeit im Vordergrund steht und damit allein rechtlich wesentlich ist. Damit fallen solche TÄxtigkeiten nicht in den Schutzbereich der gesetzlichen Unfallversicherung.

Die Kammer folgt insoweit nicht den Ausfļhrungen des LSG Rheinland-Pfalz im Urteil vom 09.11.1994, welches Versicherungsschutz angenommen hatte, weil angesichts eines Zeitaufwands von ca. vier Stunden und der Art der Verrichtungen (körperlich schwere Arbeiten mit einem Pickel) eine Tätigkeit geleistet worden sei, die unter Bekannten oder Freunden keineswegs selbstverstĤndlich gewesen sei und zu einer må¶glichen Einsparung von Handwerkerkosten in Hå¶he von DM 1250,- geführt habe. Die Kammer konnte sich nicht davon überzeugen, dass bei einer solchen Freundschaft- bzw. Nachbarschaftshilfe der übliche und zumutbare Rahmen einer selbstverstĤndlichen Hilfeleistung in einer solchen Sonderbeziehung überschritten ist. Dies würde unter Umständen dazu führen, dass eine Art zeitliche Grenze für die versicherte Tätigkeit nach § 2 Abs. 2 SGB VII bestehen kA¶nnte. Bereits im Vorfeld der Kodifizierung des SGB VII wurde diese Vorschrift kontrovers diskutiert. KELLER schlug bereits vor, den Versicherungsschutz nach dieser Vorschrift nur zu gewähren, " â∏¦sofern die Versicherten Tätigkeiten von einer Dauer von insgesamt wenigstens acht Arbeitsstunden fÃ1/4r ein fremdes Unternehmen, das kein rein privates Unternehmen ist, verrichten." (s. KELLER "Soll der Unfallversicherungsschutz bei arbeitnehmer Axhnlichen TAxtigkeiten (A§ 539 Abs. 2 RVO) unverändert beibehalten bleiben?" in Die Sozialversicherung 1994, 323, 325).

Der Gesetzgeber hat dies bei der Kodifizierung des SGB VII nicht aufgegriffen und ļbernommen, weil der Sinn und Zweck der Vorschrift darin besteht, eine Hilfeleistung für ein fremdes Unternehmen ohne zeitliche Beschränkung oder Eingrenzung unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung zu stellen. Die Wurzeln der Unfallversicherung beruhen auf der Ablösung der Unternehmerhaftung, d. h., in den Schutzbereich fallen Tätigkeiten für ein fremdes Unternehmen. Bei Arbeitsleistungen im privaten Bereich, die durch eine Sonderbeziehung geprägt sind, kann eine Zurechnung als versicherte Tätigkeit daher nur erfolgen, wenn die Hilfeleistung im erheblichen MaÃ∏e den Rahmen sprengt, der Ã⅓ber das Ã∏bliche hinausgeht, welches in solchen Beziehungen selbstverständlich ist und erwartet werden kann.

Auch dass die KlĤgerin Mutter von drei Kindern ist und nach ihrem Vortrag die Erbringung solcher Leistungen für eine Freundin ganz sicher nicht als "geradezu selbstverständlich" empfindet, kann den Versicherungsschutz nicht begründen. Nach Ã□berzeugung der Kammer stellen gerade solche Hilfeleistungen unter Freunden den Rahmen einer Gefälligkeitsleistung dar, der üblich ist und erwartet werden kann, ohne den Bereich zu einer versicherten Tätigkeit zu überschreiten.

Es kann vorliegend offen bleiben, ob die (besondere) Gefährlichkeit einer Hilfeleistung den Versicherungsschutz nach  $\frac{\hat{A}\S}{2}$  Abs. 2 SGB VII begründen kann (vgl. z.B. BEREITER-HAHN/MEHRTENS Handkommentar "Gesetzlichen Unfallversicherung" zu  $\frac{\hat{A}\S}{2}$  SGB VII Rz. 34.19) und ein geeignetes Kriterium zur

Abgrenzung des Versicherungsschutzes nach <u>ŧ 2 Abs. 2 SGB VII</u> darstellt, denn die konkret zum Unfall fĽhrende TĤtigkeit â Anstreichen einer Wand mit Stehen auf einer Leiter <u>â Gerfļllt</u> insoweit nach Auffassung der Kammer nicht das Merkmal der besonderen GefĤhrlichkeit. Eine solche GefĤhrlichkeit wĤre mĶglicherweise dann anzunehmen, wenn eine GefĤlligkeitsleistung, beispielsweise bei Dachdeckerarbeiten, erheblich ļber ein Ä⅓bliches MaÄ hinausgeht und ein Unfallrisiko signifikant erhĶhen. Die TĤtigkeit der KlĤgerin hielt sich im Rahmen "normaler" Renovierungen und weist kein erheblich hĶheres Risiko aus, welches die normalen, im privaten Haushalt Ä⅓blichen Risiken signifikant Ä⅓berschreitet.

Nach alledem stand die KlĤgerin zum Unfallzeitpunkt nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, weil die geplante GefĤlligkeitsleistung von zweimal vier Stunden den Rahmen der zu erwartenden Hilfeleistung in einer engen freundschaftlichen Beziehung nicht sprengt.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

Erstellt am: 10.05.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024